
Einleitung

1 Latenter Verfassungskonflikt

Bei Umfragen zum sog. Institutionenvertrauen schneidet der Bundespräsident – und das Bundesverfassungsgericht – regelmäßig mit Spitzenwerten ab¹. Dieser Befund zur Beliebtheit von Verfassungsorganen erscheint nur auf den ersten Blick beruhigend, denn er ergibt sich – und spätestens da wird man angesichts der obrigkeitsstaatlichen Traditionen in Deutschland stutzig² – regelmäßig auch für die Polizei, während Parteien und Parlamente eher schlecht dastehen. Verkehrte Welt: Institutionen, die die Bürger/innen kaum direkt beeinflussen können und deren Entscheidungsprozesse sich selten offen gestalten und zudem eher „autoritativ“,

-
- 1 Vgl. z. B. Herbert Quandt-Stiftung, Stiftung Zukunft Berlin, infratest dimap: Konferenz „Bürger und Parlamente – Bürger gegen Parlamente“ am 25.02.2013, Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung, www.infratest-dimap.de; download vom 14.01.2015; Köcher, Renate: Bundesverfassungsgericht. Das Bollwerk; in: FAZ vom 21.08.2012; auch Vorländer, Hans: Der Interpret als Souverän. Die Macht des Bundesverfassungsgerichts beruht auf einem Vertrauensvorschuß, der anderen Institutionen fehlt; in: FAZ vom 17.04.2001; Schwarz, Hans-Peter: Von Heuss bis Köhler. Die Entwicklung des Amtes im Vergleich der Amtsinhaber; in: van Ooyen/Möllers, Martin (Hg.): Der Bundespräsident im politischen System, Wiesbaden 2012, S. 285 ff.
 - 2 Vgl. Sontheimer, Kurt: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, München 1978; Vgl. Sontheimer/Bleek, Wilhelm: Grundzüge des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Neuausgabe, München-Zürich 1999, S. 184 f.

von „oben“ ergehen, werden bewundert; diejenigen aber, die als Kern der repräsentativen Demokratie gelten, auch am ehesten durch Wahl und eigenes Engagement mitbestimmt werden und gerade für demokratische Verfahren stehen, stoßen auf Verachtung. Fast gewinnt man daher den Eindruck, der demokratische Souverän misstraut sich selbst und frönt einer heimlichen Sehnsucht nach Monarchie und starker „Führung“. In der Politikwissenschaft ist von einem „latenten Verfassungskonflikt“³ die Rede, weil offensichtlich viele Bürger/innen falsche, etatistische und vordemokratische Vorstellungen von der Funktionweise moderner Massendemokratien bzw. des bundesdeutschen parlamentarischen Regierungssystems haben.

2 Verfassungspolitologie

Vielleicht noch beunruhigender aber ist, dass diese populäre bzw. populärwissenschaftliche Erwartungshaltung im Qualitätsjournalismus, in juristischen Standardkommentaren und Lehrbüchern, ja zum Teil von den Verfassungsorganen selbst vertreten und aktiv verbreitet wird⁴ – sei es, weil man sich hierüber Legitimationsreserven zu erschließen hofft oder sei es, weil problematische Staats- und Verfassungslehren, die antipluralistisch den „Staat“ überhöhen und das „Volk“ als homogene, „souveräne“ politische Einheit begreifen, wirkmächtig geblieben sind. Eine vermeintlich kritische Politikwissenschaft überlässt jedoch seit Jahren alles, was irgendwie mit (Verfassungs-)Recht zu tun hat, den Juristen, die in ihrer Betrachtung normativer Fragen von „Staat“,

3 Patzelt, Werner J.: Ein latenter Verfassungskonflikt? Die Deutschen und ihr parlamentarisches Regierungssystem; in: PVS 4/1998, S. 725 ff.; vgl. aktuell ders.: Warum lieben die Deutschen den Bundespräsidenten und verachten ihr Parlament?; in: van Ooyen/Möllers: Der Bundespräsident im politischen System (Fn 1), S. 143 ff.

4 Vgl. m.w.N. van Ooyen: Bundesverfassungsgericht und politische Theorie. Ein Beitrag zur Politologie der Verfassungsgerichtsbarkeit, Wiesbaden 2015.

„Verfassung“ und „Demokratie“ zumeist über eine ganz spezifische Sicht der Dinge verfügen – und reproduziert mit diesem „blinden Fleck“ gerade die obrigkeitsstaatliche Attitüde der Trennung von Politik und „unpolitischem“ Recht. In Fortführung meiner ersten Arbeiten zum Kontext von Politik, Recht und Verfassung⁵ habe ich daher 2005/06 für die Forschungsrichtung, die sich hiermit auseinandersetzt und alternative, „demokratischere“ Deutungsmuster für das Verständnis von Verfassung, vor allem des Grundgesetzes zu eröffnen sucht, den Begriff der „Verfassungspolitologie“ eingeführt; sukzessiv-fallweise wurde von hier aus dann ein Forschungsprogramm zu einzelnen Theorie-Klassikern⁷ sowie ausgewählten Aspekten von Grundgesetz und politischem System⁸,

-
- 5 Vgl. van Ooyen: *Der Staat der Moderne*. Hans Kelsens Pluralismustheorie, Berlin 2003; *Der Begriff des Politischen des Bundesverfassungsgerichts*, Berlin 2005.
 - 6 Vgl. van Ooyen: *Politik und Verfassung*. Beiträge zu einer politikwissenschaftlichen Verfassungslehre, Wiesbaden 2006 sowie zuvor schon in meinem Aufsatz in der *RuP*, 3/2005 (hier abgedruckt als Kap. 5); mit Blick auf die österreichische Bundesverfassung jetzt auch Ehs, Tamara: *Verfassungspolitologie? Zur Bedeutung des B-VG aus politikwissenschaftlicher Sicht*; in: *JRP*, 14/2011, S. 3 ff.; mit anderer Ausrichtung vgl. den von Axel Görlitz und Rüdiger Voigt in den 80er Jahren geprägten Begriff der „Rechtspolitologie“ (*Jahresschrift*, Bde. 2 und 3, Pfaffenweiler 1988 bzw. 1989); zum aktuellen Stand Lehnert, Detlef: *Europäischer Konstitutionalismus. Geschichte, Theorie, Perspektiven*; in: Ders. (Hg.): *Konstitutionalismus in Europa. Entwicklung und Interpretation*, Weimar – Wien 2014, S. 9 ff.
 - 7 Vgl. van Ooyen (Hg.): *Verfassungsrealismus. Das Staatsverständnis von Karl Loewenstein*, Baden-Baden 2007; *(Doppel-)Staat und Gruppeninteressen. Pluralismus – Parlamentarismus – Schmitt-Kritik bei Ernst Fraenkel*, Baden-Baden 2009 (Hg. Mit Martin Möllers); Hans Kelsen und die offene Gesellschaft, Wiesbaden 2010; *Kritische Verfassungspolitologie: Das Staatsverständnis von Otto Kirchheimer* (Hg. mit Frank Schale), Baden-Baden 2011; *Rechts- und Verfassungspolitologie bei Ernst Fraenkel und Otto Kirchheimer. Kritik und Rezeption des Rechtspositivismus von Hans Kelsen und der „Freund-Feind-Theologie“ von Carl Schmitt*, Frankfurt a. M. 2014; *Verfassungs-Kultur. Europa, Staat und pluralistische Gesellschaft bei Peter Häberle* (Hg. mit Martin Möllers), Baden-Baden 2015, i.V.
 - 8 Vgl. van Ooyen: *Öffentliche Sicherheit und Freiheit. Studien zu Staat, Polizei und wehrhafter Demokratie*, 2. Aufl., Baden-Baden 2013; *Integration. Die*

insbesondere auch zu seiner Interpretation durch die Staatslehre und das Bundesverfassungsgericht⁹ entwickelt und bearbeitet.

3 Der Bundespräsident aus verfassungspolitologischer Sicht: Thesen

Die hier zusammengestellten Aufsätze verstehen sich als eine weitere konkrete Anwendung meines verfassungspolitologischen Ansatzes. Einführend wird zunächst ein lexikalischer Überblick zu den rechtlichen und politischen Grundlagen des Amtes des Bundespräsidenten gegeben. Anhand von fünf ausgewählten Aspekten wird dann die Fehldeutung in der Staatstheorie und politischen Praxis exemplarisch dargestellt und für ein alternatives Amtsverständnis plädiert. Daraus ergeben sich die folgenden Thesen:

- „Politische“ Reden des Bundespräsidenten als „Mahner“ und „Warner“ sind mit der Funktionsweise des parlamentarischen Systems nicht vereinbar und beinhalten permanent die Gefahr einer verfassungswidrigen Kompetenzüberschreitung durch den Amtsinhaber.
- Die viel beschworene „Integrationsfunktion“ des Bundespräsidenten steht in der Tradition der antipluralistischen und antiparlamentarischen Staatstheorie von Rudolf Smend, der sich hiermit wie Carl Schmitt als Gegner der Weimarer Republik positionierte; sie ist bestenfalls „etatisch“, schlimmstenfalls sogar „völkisch“ aufgeladen und daher nicht vereinbar mit einem demokratischen Verständnis des Grundgesetzes.

antidemokratische Staatstheorie von Rudolf Smend im politischen System der Bundesrepublik, Wiesbaden 2014; vgl. auch die von mir seit 2014 hrsg. Reihe: Berliner Schriften zur Rechts- und Verfassungspolitologie.

9 Vgl. van Ooyen: Die Staatstheorie des Bundesverfassungsgerichts und Europa, 5. Aufl., Baden-Baden 2014; Bundesverfassungsgericht und politische Theorie, Wiesbaden 2015; Handbuch Bundesverfassungsgericht im politischen System (Hrsg. mit Martin Möllers), 2. Aufl., Wiesbaden 2015.

- Die anlässlich der Wahl des Bundespräsidenten regelmäßig auftauchende Forderung nach einer Direktwahl durch das Volk ist ein anachronistischer Rückschritt in das Zeitalter der konstitutionellen Demokratie; sie bringt daher nicht ein „mehr“, sondern ein „weniger“ an Demokratie.
- Das gilt auch für den Vorschlag von konservativen Staatsrechtlern / Soziologen bzgl. einer Verfassungsreform in Richtung „Präsidialisierung“ und „Honoratiorenparlamentarismus“.
- Der Prüfungsmaßstab für die Kompetenz des Bundespräsidenten bei der Parlamentsauflösung im Falle „unechter“ Vertrauensfragen darf bei derzeitiger Verfassungslage weder zu einem faktischen Selbstauflösungsrecht des Bundestags noch zu einer bloßen juristischen Scheinprüfung führen.
- Insgesamt ist Theorie und Praxis des Amtes nicht am Verständnis eines „Ersatzkaisers“, sondern funktional auszurichten: Danach hat der Bundespräsident vor allem „notarielle Aufgaben“, jedenfalls mit Ausnahme der eng im Grundgesetz umrissenen „Reservfunktion“ in der Außen- und Innenpolitik keine politischen Kompetenzen.
- Demokratisch zuende gedacht ist das Amt des Bundespräsidenten ein aus der Zeit gefallenes Überbleibsel der Monarchie, das überflüssig ist. Die gewaltenbalancierende Funktion im Rahmen seiner juristischer Prüfungskompetenzen ist mit dem ohnehin nachgelagerten machtvollen Bundesverfassungsgericht mehr als ausreichend vorhanden; alle anderen Funktionen einschl. seiner politischen „Reserve“ ließen sich durch Grundgesetzänderungen auf die anderen Verfassungsorgane übertragen.

Da es sich um schon veröffentlichte Aufsätze aus 2000-2014 handelt, die z. T. aus tagespolitischen Anlässen heraus verfasst worden sind, mögen die Leser mir die eine oder andere Wiederholung bzw. inhaltliche Überschneidung nachsehen.

Das Amt des Bundespräsidenten
Fehldeutungen im parlamentarischen
Regierungssystem

van Ooyen, R.C.

2015, XIV, 124 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-09924-4